

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen
(24. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
– Drucksache 19/20618 –**

**Innovativ, zukunftssicher und nachhaltig –
Vorbild Bund – Das Bauen von Morgen heute fördern**

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, ihre Vorbildfunktion verstärkt für eine nachhaltige Entwicklung des Gebäudesektors einzusetzen.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/20618 anzunehmen.

Berlin, den 9. September 2020

Der Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Mechthild Heil
Vorsitzende

Klaus Mindrup
Berichterstatter

Caren Lay
Berichterstatterin

Christian Kühn (Tübingen)
Berichterstatter

Udo Theodor Hemmelgarn
Berichterstatter

Michael Kießling
Berichterstatter

Daniel Föst
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Klaus Mindrup, Caren Lay, Christian Kühn (Tübingen), Udo Theodor Hemmelgarn, Michael Kießling und Daniel Föst

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf **Drucksache 19/20618** wurde in der 170. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. Juli 2020 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Kultur und Medien sowie den Ausschuss Digitale Agenda überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 19/20618 beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

1. ihre Vorbildfunktion als Bauherrin bei allen Baumaßnahmen des Bundes weiter zu stärken,
2. Bauforschung zielgerichtet zu entwickeln und Innovation anzustoßen,
3. Nachhaltigkeit im Baubereich und im Städtebau voranzutreiben.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 70. Sitzung am 9. September 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE., empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/20618 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 83. Sitzung am 9. September 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/20618 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 59. Sitzung am 9. September 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/20618 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 86. Sitzung am 9. September 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/20618 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat in seiner 81. Sitzung am 9. September 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/20618 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat in seiner 80. Sitzung am 9. September 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/20618 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 52. Sitzung am 9. September 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/20618 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 53. Sitzung am 9. September 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und SPD, bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. sowie Abwesenheit der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/20618 anzunehmen.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat in seiner 59. Sitzung am 9. September 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE., empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/20618 anzunehmen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen hat den Antrag auf Drucksache 19/20618 in seiner 53. Sitzung am 9. September 2020 abschließend behandelt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, der Bund habe mit 1,7 Milliarden Euro Investitionen und 2,3 Millionen Euro Hochbauvolumen im Bereich Bauen eine Vorbildfunktion. Im vorliegenden Antrag seien drei Ziele formuliert: Die Vorbildfunktion des Bundes solle gestärkt werden, die Nachhaltigkeit solle gefördert werden und es solle in die Forschung investiert werden. Dadurch solle nachhaltiges, wirtschaftliches und innovatives Bauen unterstützt und sollten die Anforderungen des Klima- und Umweltschutzes und der Ressourcenschonung und der Energieeffizienz verstärkt berücksichtigt werden. Deshalb sei auch die Verwendung von ressourceneffizienten Baumaterialien in den Antrag aufgenommen worden. Bei der Nutzung digitaler Methoden befinde man sich mit Smart-City-Konzepten teilweise schon in der Umsetzung. Aufgrund des Nachtragshaushaltes hätten doppelt so viele Projekte finanziert werden können, wie ursprünglich geplant. Weiter werde im Antrag die Förderung einer nationalen Baukultur des Bundes, das Erreichen der nationalen Klimaschutzziele, die energetische Sanierung der Bundesliegenschaften, die zielgerichtete Weiterführung der Bauforschung, die Berücksichtigung des demografischen Wandels im Wohnungsbau, die nationale Stadtentwicklungspolitik und die Förderinstrumente für nachhaltiges, barrierefreies Bauen angesprochen. Teilweise befänden sich die Ansätze bereits in der Umsetzung, aber Ressourcenschonung, Klimaschutz und Energieeffizienz müssten langfristig verfolgt werden.

Die **Fraktion der AfD** merkte an, der Antrag befasse sich mit einer Vielzahl von Themen, die im Ausschuss regelmäßig behandelt würden. Im Kern gehe es um die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, die auf der Agenda 2030 für die nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen beruhe. Der Kernsatz finde sich gleich am Anfang: „Ein gutes Leben für alle im Rahmen der planetaren Grenzen kann es dauerhaft nur dann geben, wenn sich politische Entscheidungen an einer nachhaltigen Entwicklung ausrichten.“ Darin finde sich die alltägliche Unbestimmtheit der Regierungspolitik wieder, die offenbar planetare Grenzen wahrnehme, die des eigenen Landes aber übersehe. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ordne dem BMI die Bereiche Bauen, Raumordnung und Beschaffung zu. Hierzu hätten die Antragsteller ein ganzes Sammelsurium politischer Schlagworte zusammengetragen, von der Schonung natürlicher Ressourcen über die Biodiversität bis hin zum sozialen Zusammenhalt. Der Bund baue nicht, er sei Bauherr. Er schreibe aus und erteile dem billigsten Angebot den Zuschlag. So habe der Bund die Baudesaster am Berliner Flughafen, am Marie-Elisabeth-Lüders-Haus und am südöstlichen Berliner Autobahnring mit zu verantworten. Die Vorbildrolle oder Leuchtturmprojekte seien nicht zu erkennen. Das Aerium bei Berlin, die größte freitragende Halle der Welt, hätte ein solches Projekt werden können. Aber statt zur Herstellung von Luftschiffen diene sie heute als Spaßbad. Der Bund wolle öffentlichen und privaten Bauherren ein Beispiel sein, doch private Bauherren müssten genau rechnen, sie hätten ein Interesse daran, dass ihre Gebäude

nach dem Stand der Technik errichtet würden. Beim Bund sei das anders. Der Berliner Flughafen hätte 2 Milliarden Euro kosten sollen, in Kürze würden es 6 Milliarden Euro sein. Die Eröffnung sei für 2011 geplant gewesen. Das sei ein nationales Desaster.

Die **Fraktion der SPD** betonte, es sei wichtig, das Thema ganzheitlich anzugehen. Bauen sei etwas Positives, dadurch würden Bedarfe gedeckt. Das wichtige Querschnittsthema Barrierefreiheit werde adressiert, sowohl in dem Bereich, der sich auf den Bund beziehe, wie auch in dem Bereich, der sich auf den Städtebau und das allgemeine Bauen beziehe. Das Thema Barrierefreiheit ziehe sich durch den ganzen Antrag und sollte auch die gesamte Baukultur durchziehen. Auch die Frage der Ökologie werde ganzheitlich angegangen. Das Thema Holzbau werde betont. Der Holzbau werde zur Lösung des Klimaproblems beitragen, das bestätigten auch viele Klimawissenschaftler und Beiräte der Bundesregierung. Holz sei ein langfristiger CO₂-Speicher, wenn es zum Bauen genutzt werde. Damit werde der Atmosphäre Kohlendioxid entzogen und das auf eine sehr gute und natürliche Art und Weise. Es werde zudem ein geschlossener Wirtschaftskreislauf geschaffen, weil das Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft komme und damit auch sehr qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen würden, vom Holzanbau bis zur Verwertung im Bau. Der Holzbau sei inzwischen auch Vorreiter in der Digitalisierung.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, es sei in der Branche und im Ausschuss völlig unbestritten, dass beim Gebäudebestand etwas passieren müsse, wenn die Klimaziele von Paris erreicht werden sollten. Man dürfe dabei aber nicht nur auf das Kohlendioxid achten, sondern müsse sich auch den Ressourcenverbrauch, die Ressourcenschonung, die Baumaterialien und die Gebäudelebenszyklen anschauen. In vielen Gesetzesvorhaben werde zu sehr auf den Betrieb des Gebäudes und zu wenig auf die Herstellung geachtet. Deswegen sei es zu begrüßen, dass die sogenannte graue Energie jetzt auch in das Blickfeld der regierungstragenden Koalition komme. Am Ende müsse es um die Frage gehen, wie groß der gesamte CO₂-Fußabdruck eines Gebäudes sei. Ein ressourcenverschleudern- des Null-Energiehaus sei am Ende vielleicht schlechter als ein ressourcenarm gebautes Niedrigenergiehaus. Der Antrag bleibe unverbindlich und vage. So werde die Bundesregierung aufgefordert, im Bundesbau einen aktiven Beitrag zum klimangepassten Planen und Bauen zu leisten. Es stehe aber nicht darin, wie die Bundesregierung das machen solle. Das sei aber das Entscheidende, über das Ziel seien sich bereits alle einig. Zum Thema Erhalt des baukulturellen Erbes gebe es nur die Forderung, der Denkmalschutz solle fortgeführt werden. Das sei sehr wenig. Am Ende stehe im Antrag nichts wirklich Wegweisendes und die Bundesregierung werde nicht in die Pflicht genommen.

Die **Fraktion DIE LINKE**. betonte, die Bedeutung des Themas sei zumindest bei den demokratischen Fraktionen unstrittig. In der Baupolitik und in der Sanierungspolitik gebe es noch viele Möglichkeiten, Nachhaltigkeit, Ökologie und Klimaschutz zu verbessern. Insofern sei es richtig, dass die Bautätigkeit und die Vorbildfunktion des Bundes in den Blick genommen würden. Die Fraktion DIE LINKE. fordere seit Jahren, dass der Bund als Bauherr und auch als Vermieter seine gesellschaftliche Vorbildfunktion wahrnehme, sowohl was den Klimaschutz anbelange, als auch bei einer sozialen Vermietungspraxis. Es sei positiv, dass der Antrag dazu erste Vorschläge enthalte. Beim Thema energetische Sanierung sei es gut, dass ein Sanierungsmaßnahmenstandard geplant sei. An dieser Stelle sei ein verbindlicher und sozialverträglicher Sanierungsfahrplan mit konkreten Zielzahlen wünschenswert. Beim Thema Baukultur, werde im Antrag richtigerweise betont, dass Bestandschutz und Bestandsentwicklung Vorrang vor Neubau haben müssten. Im Bereich der Digitalisierung unterstütze die Fraktion DIE LINKE. Open-Source basierte Systeme und erwarte auch entsprechende Software-Standards und digitale Lösungen, die nicht in erster Linie wenigen Großkonzernen zugutekämen und die in der Bautätigkeit und der Steuerungsfunktion des Bundes berücksichtigt würden. Neubauvorhaben der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sollten klimaneutral und bezahlbar entwickelt werden. Dazu wäre ein sozial abgefederter Plan erforderlich. Die Vorbildfunktion des Bundes alleine reiche aber nicht aus. Darüber hinaus müsste die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen, um die Baumaßnahmen von Bund, Bundesländern und Privaten klimaneutral umzugestalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bemerkte, dass die Große Koalition sich endlich des Themas annehme, Bauen und Umwelt zusammenzubringen. Bauen sei der ressourcenintensivste Wirtschaftszweig von allen. 60 Prozent der Ressourcen würden im Baubereich verbraucht. 35 Prozent des Energieverbrauchs und 50 Prozent des Abfalls entstünden in diesem Bereich. Da reiche es nicht aus, Maßnahmen zu ergreifen, damit der Bund jetzt endlich Vorbild sei. Momentan hinke der Bund vielen privaten Bauherren massiv hinterher. Wenn man sich Projekte anschau, die z. B. die Gesellschaft für nachhaltiges Bauen zertifiziere, dann sehe man, was alles möglich sei. Bei Baustoffen, die aus dem Bereich des Recycling kämen, gebe es kein Vorzeigeprojekt des Bundes. Im Antrag werde dieses Thema angesprochen, es fehle aber eine Quote für den Bund. So werde der Bund nicht zum

Vorbild. Die Lebenszyklusbetrachtung sei im Antrag enthalten. Das sei ganz klar die Lösung. Aber im Gebäudeenergiegesetz, das erst vor wenigen Wochen im Deutschen Bundestag verabschiedet worden sei, sei es nicht einmal möglich gewesen, Kohlendioxid als Richtgröße festzuschreiben, geschweige denn die Lebenszyklusbetrachtung. Der ganze Antrag weise eher auf die nächste Wahlperiode. In den vergangenen Jahren sei die große Koalition nicht in der Lage gewesen, diese Themen in substantiellen Gesetzen anzugehen. Das reiche nicht, um innovatives, zukunftsicheres, nachhaltiges Bauen voranzubringen. Bei der Holzbauffensive erwarte die Fraktion noch in der laufenden Wahlperiode Schritte von der Bundesregierung. Sie müsse mit Geld hinterlegt und konkretisiert werden. Es stehe nichts Falsches im Antrag, aber vom Notwendigen dennoch zu wenig.

Im Ergebnis beschloss der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. den Antrag auf Drucksache 19/20618 anzunehmen.

Berlin, den 9. September 2020

Klaus Mindrup
Berichterstatter

Caren Lay
Berichterstatterin

Christian Kühn (Tübingen)
Berichterstatter

Udo Theodor Hemmelgarn
Berichterstatter

Michael Kießling
Berichterstatter

Daniel Föst
Berichterstatter

